

# Mittelsächsische LinksWorte

17. Juli 2017

Nr. 119

11. Jahrgang



Die alte Dorfschule in Wiederau, heute Ortsteil der Gemeinde Königshain-Wiederau im Landkreis Mittelsachsen. Hier wurde Clara Zetkin am 5. Juli 1857 als Tochter des Dorfschullehrers Gottfried Eißner geboren. Ihre Mutter Josephine Vitale stand mit Pionierinnen der damals entstehenden (bürgerlichen) Frauenbewegung in Kontakt. Heute beherbergt das Gebäude das kleine Museum „Alte Dorfschule“, in welchem der Besucher vor allem Einblicke in das Elternhaus von Clara Zetkin erhält. Hier verbrachte die spätere Frauenrechtlerin die ersten 15 Jahr ihres Lebens. Wir berichten in unserer heutigen Ausgabe über die Veranstaltung zum 160. Geburtstag von Clara Zetkin in Wiederau. Außerdem ist der Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung der Persönlichkeit Clara Zetkins gewidmet.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

### 1. informiert:

**DIE LINKE** IN MITTELSACHSEN BEREITET  
SICH AUF DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF VOR

### 2. analysiert:

**DIE AKTUELLE SITUATION AN DEN  
MITTELSÄCHSISCHEN SCHULEN**

### 3. berichtet:

**ÜBER DIE SOMMERTOUR DER MITTELSÄCHSISCHEN  
LANDTAGSABGEORDNETEN DR. JANA PINKA**

2	editorial & kurzbericht
3	kolumne & kurz berichtet in wort und bild
4/5	<b>titelthema 1: wahlkampagne der linken in mittelsachsen</b>
6/7	<b>titelthema 2: kreistagsfraktion aktuell: heute schulen</b>
8/9	<b>titelthema 3: jana pinka auf sommertour</b>
9	chronik: vor zehn jahren
10	serie zur politischen bildung: beitrags -24- thema: 160. geburtstag von clara zetkin
11	vorstand aktuell & glückwünsche & jahrestage
12	termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am Mittwoch, dem 16. August 2017. Redaktionsschluss ist am 09. August. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind unter folgender Bankverbindung möglich:

#### DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

## Impressum

Herausgeber:

**DIE LINKE.**

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

**Postanschrift der Redaktion:**

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
z. Hd. Redaktion „LinksWorte“  
09599 Freiberg, Lange Straße 34  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

**Layout und Satz:**

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b  
09557 Flöha/OT Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ findet man auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Über einen Link kann man neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv aller Hefte seit September 2007 öffnen.

## aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer 2017 zieht uns in seinen Bann und die Ferien - in diesem Jahr sehr zeitig - haben begonnen. Auf dem G-20-Treffen in Hamburg spiegelten sich die Probleme der heutigen Welt wider. Die Antwort waren friedlicher Protest einerseits und erschreckende Gewalt andererseits. Im Vorfeld der Bundestagswahlen stellen sich viele Fragen. Was den Bundestags-Wahlkampf betrifft, ist es für DIE LINKE die Ruhe vor dem Sturm. Am 21. Juli startet die Partei in Berlin mit dem Presseauftakt für ihre Wahlkampagne. Am 20. Juni informierte der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn den Wahlstab in Dresden über den Stand der Vorbereitung der Kampagne. An dieser Beratung nahmen auch Mitglieder unserer Redaktion teil und informieren in diesem Heft. Der 1. August markiert den „scharfen Start“ für die Wahlkampagne im Kreisverband Mittelsachsen: An diesem Tag beraten die Orts- und Basisgruppenvorsitzenden detailliert über den Wahlkampf mit dem Schwerpunkt ab dem 1. September, dem Weltfriedenstag. Einen kleinen Vorgeschmack darauf gibt unser Wahlkampfmanager Lars Kleba in unserer heutigen Ausgabe. Der Direktkandidat der LINKEN im Bundestagswahlkreis „Mittelsachsen“, Falk Neubert, appelliert in einer Postkarte an die potenziellen Wähler, der LINKEN als Partei des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ihre Stimme zu geben. Auch der Kreistag befindet sich in seiner Sommerpause. Für uns in dieser Ausgabe Gelegenheit dazu, die Meinung der Fraktion der LINKEN zu aktuellen Fragen der Entwicklung der Schulen und des Schulnetzes darzustellen.

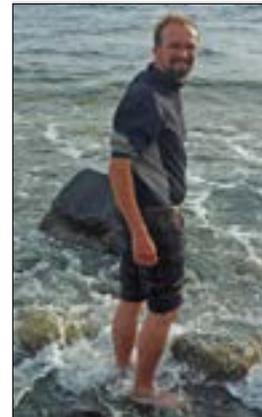
Schon Tradition ist die Sommertour der Freiburger Landtagsabgeordneten der LINKEN, Dr. Jana Pinka. In diesem Jahr ist das Spektrum ihrer Stationen in der Region besonders breit gefächert. Wir versuchen mit unserem dritten Titelthema wenigstens einen kleinen Eindruck davon zu vermitteln. Wem das nicht genügt, der findet im Internet ein ausführliches Tour-Tagebuch.

Auf unserer Titelseite spiegelt es sich wider: Wir würdigen in dieser Ausgabe „unsere“ Clara Zetkin - verbrachte sie doch auf dem heutigen Territorium des Landkreises Mittelsachsen, in Wiederau, ihre Kindheit. Seit dem 5. Juli, ihrem 160. Geburtstag, trägt die Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Wiederau auf Initiative des Landesfrauenrates den Titel eines „Frauenortes“. Auch der 24. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information ist Clara Zetkin gewidmet, vor allem aus Sicht ihres politischen Wirkens in der KPD.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

## als neu-mitglied der linken zu gast im karl-liebknecht-haus

Mit dem Geologen **HOLGER HARTMANN** aus Freiberg ist ein engagierter junger Mann zur LINKEN gestoßen. (Siehe auch seinen Beitrag auf Seite -5-). Leider muss er unseren Kreisverband aus beruflichen Gründen in den nächsten Tagen verlassen. Wir wünschen Holger alles Gute auf seinem weiteren politischen und beruflichen Weg.



Von **HOLGER HARTMANN**

Am 17. Juni 2017 fand das „Fest der Linken“ zum 10. Geburtstag der Partei in Berlin statt. Gleichzeitig waren an jenem Wochenende zwei Neumitglieder pro Bundesland eingeladen, an einem 3-tägigen Treffen teilzunehmen. Ziel war

es, sich kennenzulernen, zu vernetzen und mit Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Dazu wurden wir durch den Reichstag mit seinen beeindruckenden, von Künstlern verschiedener Nationalitäten konzipierten Lobbys und Salons geführt und betreten Fraktions-sitzungssäle. Dort und in der Bundesgeschäftsstelle trafen wir auf unseren Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn, auf Bernd Riexinger, Petra Pau und Gesine Löttsch und erhielten einen Einblick in die Geschichte des Karl-Liebknecht-Hauses.

Die Fragen der Neumitglieder zielten einerseits auf das politische Alltagsgeschäft und Positionen ihrer Vertreter. So erfuhren wir, dass die schwierigste Aufgabe des Bundesgeschäftsführers in der Moderation verschiedener Interessengruppen besteht, wie unser Lohn- und Vermögenssteuerkonzept funktioniert, wie DIE LINKE Einfluss im Haushaltsausschuss nehmen und wie eine sozial gerechte und friedliche EU aussehen kann. Andererseits waren die Teilnehmer auch an konkreten Themen interessiert. So sprachen wir über Möglichkeiten, die Schließung einer Schule in einem Wahlkreis in Rheinland-Pfalz zu verhindern und ließen uns die Kopplung der vergangenen Abstimmungen zum Länderfinanzausgleich und der Infrastrukturreform erklären.

Ich freue mich, Gregor Gysi und Sarah Wagenknecht live erlebt zu haben. Und ich wusste bisher nicht, wie mitreißend Oskar Lafontaine in seinen Reden sein kann. Meine persönlichen Höhepunkte an diesem Wochenende waren jedoch die äußerst wortgewandte, kritische und Mut machende Rede des Theaterregisseurs Volker Lösch sowie das Kennenlernen anderer neuer LINKER mit ihren Ansichten, Ideen und ihrem Engagement.

Danken möchte ich Tanju und Inke für die sehr gute Organisation und Betreuung des Neumitgliedertreffens. Danke an alle. Es hat Spaß gemacht!

auf seite - drei -  
- immer konsequent links -

unser monatlicher  
aktueller meinungsbeitrag

**E**in Jahr 2017 mit vielen Jubiläen. 100 Jahre Roter Oktober und 150 Jahre „KAPITAL – Band 1“. Aber auch 10 Jahre Partei DIE LINKE, am 16. Juni 2007 gegründet. In seiner aktuellen Bedeutung das herausragende Jubiläum. Eine Überschätzung des Ereignisses ist kaum möglich. Es lohnt sich, die Gründung dieser Partei in einen weitreichenden Zusammenhang zu stellen.

Man muss sich nichts vormachen. Die Sache des Fortschritts hat bittere Niederlagen einstecken müssen. Nur noch mit der Volksrepublik China gibt es eine aufstrebende Macht mit einer kommunistischen Partei an der Führung und im sozialistischen Kuba hat eine gesellschaftliche Alternative nach wie vor Bestand. Jedoch – von den einst führenden Parteien des dahingegangenen „sozialistischen Lagers“ ist nichts geblieben. Infolgedessen erodierte auch die linken Parteien im damaligen Westen, zu dem wir zugeschlagen wurden. Mit einer Ausnahme – die Partei DIE LINKE! Und das im vereinigten Deutschland. Ich vermisse anlässlich des Jubiläums eine Würdigung der Gründer. Es waren Einzelne, die sich verdient gemacht haben. Es ist vorbildlich, wie die Situation erkannt, die Durchführung geplant und das Projekt erfolgreich verteidigt wurde. Das Geniale an der Sache – es sollte über die Neugründung der Partei ein Neuanfang und ein Aufbruch in eine Zukunft bewerkstelligt werden.

Mancher mag beklagen – darunter zähle ich mich – dass in den zehn Jahren des Bestehens nicht größere Fortschritte gemacht wurden. Doch man bedenke, die Aufgabe ist gewaltig. Revolutionäre Ungeduld und Wunschenken helfen nicht weiter. Die Lage ist wie sie ist. Ebenso fatal allerdings, das Erreichte als das Erreichbare anzusehen.

Doch weiter zur Aufgabe. Man bedenke, wer da in der Partei Die Linke eine Heimat fand. Da waren die Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus. Da waren aber auch viele SED-Mitglieder, die desillusioniert eine politische Auszeit genommen hatten. Wenige verstanden die Gründung der neuen Partei als Aufbruch. Ich erinnere mich noch gut an den „Gründungsparteitag“ des Kreisverbandes Mittelsachsen in der „Räuberschänke“ Hartha.

Viel, viel komplizierter ist die Situation in den westlichen Landesverbänden. Wir versuchten eine Partnerschaft mit dem Kreisverband Ulm. Trotz viel guten Willens scheiterte das Vorhaben. Es sind wenige im Kreisverband dort. Aber jeder hat eine andere politische Biographie. Es herrscht viel Unerbittlichkeit.

Ergo – die organisatorischen Probleme der Gründung sind gelöst. Eine Partei zu sein, heißt zusammenwachsen. Zusammenwachsen zu einem wirksamen Ganzen. Das ist die Aufgabe, die einer Lösung harret. Dies mache sich jeder bewusst und trage Verantwortung! (mm)

clara-zetkin-gedenkstätte in wiederau ist jetzt ein „frauenort“



**A**us Anlass des 160. Geburtstags von Clara Zetkin fand am 5. Juli im Museum in der Alten Dorfschule Wiederau eine vom Ortsverein Heimat und Natur Königshain-Wiederau e.V. organisierte Veranstaltung statt. Zu den zahlreichen Teilnehmern sprachen der Bürgermeister der Gemeinde Königshain-Wiederau, **JOHANNES VOIGT** (CDU) und der Bundestagsabgeordnete der LINKEN und Direktkandidat im Wahlkreis 163 für die Bundestagswahlen **JÖRN WUNDERLICH**. Er machte darauf aufmerksam, dass zumindest für Konservative in diesem Land die Kommunistin Clara Zetkin noch immer eine Reizfigur darstellt. Als das Finanzamt Pirna in die dortige Clara-Zetkin-Straße umzog, drängte der CDU-Finanzminister Georg Unland auf eine Umbenennung. In Berlin verhinderte nur die initiierte Umbenennung einer Straße, dass der Bundestag Clara Zetkins Name in der Anschrift trägt, merkte Jörn Wunderlich weiterhin an. Auch Initiativen der Bundestagsfraktion der LINKEN zur Benennung eines Bundestagsgebäudes nach Clara Zetkin wurden abgelehnt.

Anschließend wurde im Rahmen des Projektes „frauenorte sachsen“ durch den Landesfrauenrat Sachsen am Museum eine Gedenktafel für Clara Zetkin als Politikerin und Frauenrechtlerin eingeweiht. Auf unserem obigen Bild sehen wir **SUSANNE KÖHLER**, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen und den Chef des örtlichen Heimat- und Naturvereins **HANS-DIETER PÖTZSCH** bei der Enthüllung der Gedenktafel.

Die Initiative des Landesfrauenrates nennt sich „frauenorte“, weil sie mit den dort aufgestellten Tafeln seit vergangenem Jahr starke Frauen der Vergangenheit sichtbar und der Gegenwart zugänglich machen will. Clara Zetkin schätze man als Frauenrechtlerin, Friedenskämpferin, Verfechterin eines modernen Frauenbildes und als Mitgründerin der Sozialistischen Fraueninternationale, die 1910 den Internationalen Frauentag beschloss.

In Wiederau wurde die vierte „frauenorte sachsen“-Gedenktafel enthüllt, weitere vier sollen noch in diesem Jahr folgen. Im Fachbeirat, welcher die „frauenorte“ aus den vielen Vorschlägen auswählt, habe es keine Zweifel gegeben, dass Clara Zetkin für eine solche Ehrung in Frage komme, so Susanne Köhler.



Die Bronzeplastik von Harald Stephan, die am 4. Juli 1975 vor dem Elternhaus Clara Zetkins in Wiederau eingeweiht wurde.



Diese schlichte Gedenktafel des Landesfrauenrates Sachsen am Museum in Wiederau ehrt Clara Zetkin als unbeugsame Frauenrechtlerin.

Die Wahlkampagne der LINKEN steht in den Startlöchern. Am 21. Juli wird es dazu in Berlin den zentralen Presseauftakt geben. In Mittelsachsen markiert eine Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden am 1. August den scharfen Start. Der kreisliche Wahlstab hat am 29. Juni die Weichen gestellt, damit zu dieser Beratung alles besprochen werden kann, was im August und September im Wahlkampf zu organisieren ist. Das betrifft u.a. das Anbringen der Themen- und Personenplakate, die Verteilung der Materialien, wie die zentral bereitgestellte Wahlzeitung und das Kurzwahlprogramm. Die Mehrzahl der im Kreisverband und in den Ortsverbänden organisierten Veranstaltungen mit den Direktkandidaten Falk Neubert und Jörn Wunderlich und weiterer Aktivitäten der Ortsverbände, z.B. zum Weltfriedenstag am 1. September, finden nach dem Erscheinen unserer August-Ausgabe und damit auch nach dem Ende der Sommerferien in Sachsen statt. Wir werden deshalb im August eine detaillierte Übersicht über alle dann bekannten Termine bis zur Bundestagswahl veröffentlichen. In unserer heutigen Ausgabe benennen wir die zehn Schwerpunkte, die im Kurzwahlprogramm der LINKEN enthalten sind. Weiterhin stellen wir die Postkarte des Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis Mittelsachsen, Falk Neubert, vor. Wahlkampfmanager Lars Kleba meldet sich als Wahlkampfmanager noch einmal zu Wort. Außerdem gibt es kurze Informationen aus dem Wahlplenum im Dresden sowie von einer Wahlkampfschulung in Zwickau, an welcher Holger Hartmann aus unserem Kreisverband teilnahm.

von LARS KLEBA

Acht Monate intensiver Vorbereitungszeit für den anstehenden Bundestagswahlkampf liegen bereits hinter uns. Ich musste in den letzten Tagen öfter an Marius Müller-Westernhagen denken, der 1990 sang „Die Verträge sind gemacht...“. Denn auch unsere Verträge die den Wahlkampf in Mittelsachsen betreffen, sind gemacht. Jetzt steht ein festes Gerüst mit Abläufen, Veranstaltungen, Material und Logistik und lässt neben der Pflicht natürlich noch Spielräume für eigene Ideen, Kreatives - also eine Kür - zu. Doch bevor es richtig losgeht und wir mit den ersten Plakaten losfahren, die ersten Materialien verteilen und weitere Aktionen stattfinden, empfehle ich, einfach mal die Füße hochzulegen und Sommer, Sonne und Ferien zu genießen. Das muss auch sein, denn dafür sind Ferien nun mal da. Und anstrengend genug wird der Wahlkampf schon werden.

Ich möchte die LinksWorte im Sommer nochmals nutzen, um zu fragen, ob sich auch alle eingebunden fühlen? Ob es noch offene Fragen für den Wahlkampf gibt? Fehlen Informationen? Wenn Ja, werden sicherlich viele Dinge bei der Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden am 1. August in Mittweida geklärt. Ihr könnt mich aber auch gerne anrufen oder eine Email schreiben, damit wir nichts offen lassen und einen guten und gemeinsamen Wahlkampf über die Bühne bringen. Es geht immerhin darum, die Politik zu verändern und die Gewichte für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität in der Waagschale zu erhöhen. Viele Menschen haben genug von dieser Politik. Alle anderen Parteien sind jedoch bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen der Kanzlerin als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen einen wirklichen politischen Wechsel und ein soziales Land.



**SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.**

**Die zehn Schwerpunkte des Wahlprogramms der LINKEN**

- **Respekt und Gute Arbeit.** DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Wir wollen sichere Jobs mit höheren Löhnen. Das macht das Leben planbar. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro die Stunde angehoben werden. Nur so werden die Beschäftigten auch sicher vor Armut im Alter geschützt. Tarifverträge und Gewerkschaften wollen wir stärken.
- **Die Arbeit muss um das Leben kreisen, nicht das Leben um die Arbeit.**Wir machen Schluss mit Leiharbeit und dem Missbrauch von Werkverträgen. Statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeit schaffen wir gute Arbeitsplätze, die unbefristet sind und nach Tarif bezahlt werden. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen endlich den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Die Arbeit in sozialen Berufen muss deutlich besser bezahlt werden. Statt immer länger zu arbeiten, wollen wir ausreichend Zeit für Ruhe, Familie, Freizeit!
- **Keine Angst vor Altersarmut.** Die Renten müssen den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Zeiten mit niedrigem Verdienst werden für die Rente stärker angerechnet. Das bedeutet z.B. für eine Verkäuferin 270 Euro mehr Rente. Und wir führen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro ein. Die Löhne und Renten sind im Osten immer noch niedriger als im Westen. Wir gleichen sie an.
- Das Hartz IV-System hat viele Menschen in Armut geführt. Wir ersetzen es durch eine **Mindestsicherung ohne Sanktionen!** Wir fassen darin die Leistungen zusammen, die bisher einzeln beantragt werden müssen. Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. Niemand darf weniger als 1.050 Euro monatlich zum Leben haben. Wir führen Sozialtarife ein für Strom, öffentlichen Nahverkehr und die Deutsche Bahn. Das Kindergeld erhöhen wir sofort auf 328 Euro und schaffen dann eine Kindergrundsicherung.
- **Gerechte Steuern!** Für hohe Vermögen - über einer Million - werden wir endlich wieder eine Vermögensteuer einführen. Damit können wir die öffentlichen Angebote verbessern: Schulen und Kitas, sozialer Wohnungsbau, Internet, Krankenhäuser und öffentlicher Nahverkehr. Das kommt allen zu Gute. Wenn alle genug beitragen, ist für alle gut gesorgt.
- **Wir senken die Steuern für Menschen mit durchschnittlichen und niedrigen Einkommen.** Wir erhöhen den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden mit unserem Steuerplan entlastet. Wir gleichen das aus, indem wir hohe Einkommen stärker besteuern.
- **Keine Zwei-Klassen-Medizin:** Statt langen Wartezeiten und Anfahrtswegen machen wir eine; gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ist bezahlbar, wenn alle beitragen: In unsere solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle ein und alle werden gleichermaßen gut versorgt - und wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent. Niemand muss mehr für Brillen oder Zahnersatz zuzahlen. Unternehmen und Beschäftigte zahlen wieder zu gleichen Teilen ein. Wir stellen 100 000 Pflegerinnen und Pfleger ein: Das ist gut für die Beschäftigten und gut für die Patienten. Wir kämpfen um jedes Krankenhaus, das geschlossen oder privatisiert werden soll!
- **Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar ist.** In vielen Städten sind die Mieten weiter gestiegen, immer mehr Menschen müssen ihre Nachbarschaft verlassen. Diese Verdrängung wollen wir stoppen. Die Mieten in angespannten Nachbarschaften werden eingefroren und gesenkt. Wir bauen mehr Wohnungen mit Sozialbindung, zusätzlich 250 000 im Jahr. Wir verbieten die Spekulation mit Wohnraum.
- **Mut zur Veränderung!** Wir wollen die Europäische Union neu starten: Statt Vorfall für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft. Statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA brauchen wir einen fairen Handel und wirksamen Klimaschutz. Wir machen die Europäische Union sozial, demokratisch und lebenswert für alle.
- **Wir stehen für den Frieden ein.** DIE LINKE hat immer fest gegen Krieg und Aufrüstung gestanden. Wir wollen die deutschen Soldaten aus dem Ausland abziehen. Die Regierung plant, die Ausgaben fürs Militär zu verdoppeln. Wir wollen abrüsten statt aufrüsten. Das Geld wollen wir konkret einsetzen, um Schulen zu sanieren, Kitas auszubauen und kostenfrei zu machen. Waffenexporte - besonders in Krisengebiete - heizen die Kriege an und zwingen viele Menschen in die Flucht. Wir wollen Waffenexporte verbieten.

atemholen vor den heißen wahlkampf-wochen ab mitte august ist angesagt

**Falk Neubert:  
Sozial. Gerecht. Für alle.**



**DIE LINKE.**

[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Jahren in Deutschland gut entwickelt: Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist auf einem niedrigen Level und die Steuereinnahmen sprudeln.

Doch dieser Aufschwung kommt nur bei wenigen an. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Millionen Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen. Viele haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Immer mehr Menschen können von ihrer Rente nicht leben. Die öffentliche Infrastruktur bröckelt in vielen Bereichen. Überall fehlen Polizisten, Ärzte und Lehrer.

Das muss nicht sein. Wir fordern eine gerechte Verteilung des Reichtums. Wir wollen eine Kindergrundsicherung von 573 Euro, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro statt Hartz IV und eine Mindestrente von 1.050 Euro. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro

erhöht werden. Wir wollen eine solidarische Krankenversicherung sowie mehr Mitarbeiter in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Erziehung.

Das Geld dafür ist da. Allein durch die Einführung der Vermögenssteuer von 5 Prozent (ab einem Vermögen von 1 Mio. Euro) hätte der Staat im Jahr 80 Mrd. Euro mehr.

DIE LINKE und ich als Direktkandidat möchten Sie bei der Bundestagswahl am 24. September um Ihre **beiden Stimmen** bitten. Deutschland braucht eine starke soziale Partei und nur DIE LINKE ist der Garant für eine soziale und gerechte Politik.

Ihr

*Falk Neubert*

Falk Neubert  
**DIE LINKE, Mittelsachsen**  
Lange Straße 34  
09599 Freiberg  
Telefon: 03731/22256  
[falk.neubert@dielinke-sachsen.de](mailto:falk.neubert@dielinke-sachsen.de)  
[www.falk-neubert.de](http://www.falk-neubert.de)

**HOLGER HARTMANN** aus Freiberg hat auf Seite -2- seine Eindrücke vom Neumitgliedertreffen in Berlin geschildert. Er interessierte sich auch für die Teilnahme an der angekündigten Wahlkampfschulung für die Kreisverbände Mittel- Nord- und Westsachsen in Oschatz. Da diese mangels Anmeldungen ausfallen musste, fuhr er kurzfristig zur Schulung nach Zwickau. Im folgenden seine Eindrücke. Außerdem stellte er uns ein Bild vom Neumitgliedertreffen in Berlin zur Verfügung.

**Rhetorikkurse. Für Alle.**

**W**ährend des Wahlkampftrainings in Zwickau habe ich einiges gelernt. Ich weiß nun, wo ich eine Zuckerwattemaschine und eine Hüpfburg organisieren und welche verschiedenen Info-Materialien ich beziehen kann, warum eine Kochtour so gut funktioniert und dass wir mittlerweile vegane Luftballons verteilen. Natürlich haben wir auch den Aufbau eines Wahlkampfstandes und eines Pressefotos besprochen. Vor allem allerdings weiß ich nun dass die Fähigkeit, jemanden auf unsere linken Themen neugierig zu machen und davon zu überzeugen, nur zu 5 % mit Inhalten, dafür mehr mit Rhetorik und Sympathie zu tun hat. Also haben wir Argumente und Gesprächsstrategien erarbeitet. Das ist wichtig und richtig. Den haupt- und ehrenamtlichen Veranstaltern/innen möchte ich dafür

danken. Doch reicht mir das nicht. Ich bin mir sicher, dass jeder von uns schon das ein oder andere Mal in Argumentationsnot geraten ist oder den Eindruck hatte, die Souveränität über ein Gespräch zu verlieren. Mal fällt einem die Zahl aus dieser oder jener Statistik nicht mehr ein, ein anderes Mal bemerkt man die eigenen Argumentationslücken zu spät. Um den oder die Gesprächspartner/in zu überfordern und schnell dessen/deren Aufmerksamkeit zu verlieren, eignet es sich andererseits gut, als Besserwisser/in aufzutreten und jede/n mit Argumenten zu überschwemmen.

Unser Ziel als LINKE sollte es sein, Menschen zuzuhören und ihnen aufzuzeigen, wie sich DIE LINKE auch für sie einsetzt. Um dieses Ziel zu erreichen ist es meiner Meinung nach Voraussetzung, dass jedes Parteimitglied die Fakten sowohl kennt, als auch vermitteln kann. Wenn nun Überzeugungskraft hauptsächlich durch Redekunst erreicht wird, dann müssen wir, nicht nur, aber gerade jetzt im Wahlkampf sicherstellen, dass professionelle Rhetorikkurse für mindestens alle Wahlkampfhelfer/innen angeboten werden. Diese sollen im besten Falle natürlich von Profis durchgeführt werden. Einen Anfang kann man jedoch sicherlich in den Orts- und Stadtverbänden in selbst organisierten Gruppen machen. Der eine oder die andere von uns bringt aus seinem/ihrem Beruf bestimmt dafür notwendige Fähigkeiten mit.



Einer der beiden Neumitglieder, die den Landesverband Sachsen zum zentralen Treffen in Berlin vertreten durften, war **HOLGER HARTMANN** aus Freiberg. Hier das „Gruppenfoto“ mit **PETRA PAU** UND **GESINE LÖTZSCH**.

**Themenplakate im Blick**

Zum Wahlplenum in Dresden informierte der Bundesgeschäftsführer **MATTHIAS HÖHN** über den Vorbereitungsstand der Wahlkampagne der LINKEN. 6,5 Millionen Plakate, mehr als 2.500 Großflächen, über 10 Millionen Wahlzeitungen - so die Planung. Am meisten Interesse fanden

der Arbeitsstand für die Entwürfe der Themenplakate, bekanntlich immer ein Reizthema. Und auch diesmal schwankte die Reaktion der Teilnehmer des Wahlplenums auf die Entwürfe der Plakate zwischen „sehr gelungen“ und „fürchterlich“. Man darf also sehr gespannt sein auf die Präsentation der Plakate der Wahlplakate der LINKEN am 21. Juli. (hw)

#### Informationen aus der Arbeitsgruppe Schulnetzplanung und Schülerbeförderung

Die Beratung dazu fand am 01. Juli 2017 statt. Unser Mitglied in der Arbeitsgruppe ist **ARNDT SCHARFENSTEIN**. Zwar ist es eine Pflichtaufgabe der Landkreise, einen Schulnetzplan zu erarbeiten. Diesen gibt es auch im Landkreis Mittelsachsen. Er wird im nächsten Jahr fortgeschrieben. Da jedoch die sächsische Staatsregierung die Spielregeln vorgibt, ist unsere „Einflussnahme“ eher gering.

Zur Vorbereitung für das neue Schulgesetz hatte unsere Fraktion gemeinsam mit MdL Dr. **JANA PINKA** im vergangenen Jahr eine öffentliche Sitzung mit anschließender Diskussion veranstaltet. Dabei wurden eine Reihe konstruktiver Vorschläge gemacht, die aber allesamt keine Aufnahme in den Gesetzentwurf fanden.

**Jetzt ist das Gesetz verabschiedet. Für unseren Landkreis bringt es Veränderungen. Über die Auswirkungen möchten wir an dieser Stelle informieren.**

Wir als LINKE fordern immer wieder, die Schule im Dorf zu belassen. Wir sind gegen die Schließung von Standorten. Das derzeit geltende Schulschließungsmoratorium wurde nun per Gesetz verankert.

Bestehende **Grundschulen** mit insgesamt mindestens 60 Schülern werden fortgeführt. In keiner Klasse dürfen dabei weniger 12 Schüler sein. Bisher lag die Grenze bei 15 Schülern. Grundschulen können auch dann fortgeführt werden, wenn sie jahrgangsübergreifenden Unterricht durchführen. Dafür muss jede Klasse mindestens 15 Schüler haben.

Außerhalb von Oberzentren können **Oberschulen** einzügig mit 20 Schülern pro Klasse fortgeführt werden. Das betrifft beispielsweise die Oberschule in Claußnitz bei Burgstädt. **Gymnasien** außerhalb von Mittel- und Oberzentren können temporär zweizügig fortgeführt werden, wenn in der Eingangsklassenstufe die Schülerzahl für die Dreizügigkeit nicht ausreicht.

Das sind zwar kaum Änderungen zu den bisherigen Regelungen, aber da diese jetzt im Gesetz verankert sind, ist es doch als eine kleine Verbesserung zu werten. Gerade in den kleineren Gemeinden kommt es durch die Schwankungen bei den Geburtenzahlen immer wieder zu Engpässen. Da wurden Kinder zurückgestellt bzw. vorgezogen, um die Zahl 15 zu erreichen. Das entspannt sich etwas.

Die **Ganztagsangebote** werden im Schulgesetz für allgemeinbildende Schulen verankert. Die Verantwortung des Freistaates bei der Mitfinanzierung wird festgeschrieben. Das Problem hierbei bleibt jedoch im ländlichen Raum im Bereich der Schülerbeförderung. Ob ein Kind an Ganztagesangeboten teilnehmen kann, hängt von den Fahrzeiten der Schulbusse ab. Hier muss es unsere Aufgabe bleiben, auf die Fahrzeiten des Schülerverkehrs Einfluss zu nehmen.

Die **Schulsozialarbeit** wird verstärkt. Oberschulen bekommen personelle Unterstützung. An allen Oberschulen soll es einen Schulsozialarbeiter geben. Dazu wird zum Schuljahr 2018/2019 ein Förderprogramm aufgelegt. Die zur Berufsorientierung in vielen Oberschulen eingesetzten Praxisberater soll es künftig an allen Oberschulen geben. Nach Auslaufen der Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird der Freistaat die Finanzierung komplett übernehmen.

Mehr dazu erfährt der Leser im zweiten Teil unserer Berichterstattung.

#### Berufliche Bildung mit sicherer Schulnetzplanung künftig in Verantwortung des Freistaates

Die Schulnetzplanung im Bereich der Beruflichen Bildung wird zentralisiert und vom Kultusministerium im Einvernehmen mit den Schulträgern und im Benehmen mit dem Landesausschuss für Berufsbildung durchgeführt. Für **Berufsschulzentren** wird eine Mindestschülerzahl von 550 festgeschrieben, dabei sind Ausnahmen aufgrund überregionaler Bedeutung des Ausbildungsberufes oder aus regionalplanerischen

Gründen möglich. In der Vergangenheit wurden den Berufsschulen in unserem Landkreis immer wieder ganze Fachrichtungen gestrichen. Eine Entspannung ist bei der Neuregelung nicht in Sicht. Damit werden künftig mehr Berufsschüler fahren und auch weitere Wege in Kauf nehmen müssen. Die Kosten dafür liegen beim Landkreis und den Eltern. Das sehen wir als einen falschen Weg.

#### Inklusion

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf können an der Förderschule oder inklusiv an der Regelschule unterrichtet werden. Die Entscheidung obliegt den Eltern, soweit bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

An den Oberschulen wird das lernziel-differente Unterrichten von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten Lernen und Geistige Entwicklung ermöglicht.

Alle Kinder werden ab dem Schuljahr 2018 in die Klasse 1 der Grundschule eingeschult, Ausnahmen müssen durch die jeweiligen Schulen beantragt werden.

Das ist ein großer Schritt in Richtung Inklusion. Ob er sich als tragbar für die Kinder, Eltern, Lehrer und Mitschüler erweist, wird die Zukunft zeigen. Prinzipiell sind die Auswirkungen durch Inklusion, Ganztageschulen sowie höhere Schülerzahlen an Gymnasien ein höherer Lehrerbefehl. Da dieser jetzt schon nicht ausreicht, ist fraglich, wie das gehen soll?

Der Finanzbedarf für die Schulträger steigt, denn für Inklusion und Ganztagesbetreuung werden höhere Anforderungen an räumliche Gegebenheiten gestellt. Auch die Neuregelung der Lernmittelfreiheit geht zu Lasten der Schulträger.

Bei den Schülerbeförderungskosten gibt es ständige Kostensteigerungen. Eine Entspannung ist durch das neue Schulgesetz nicht in Sicht.

Ein Kampf steht uns durch die Neuausrichtung der berufsbildenden Schulen bevor.

Der Elternwille bei der Wahl des Bildungsweges an einer weiterführenden Schule wurde bereits durch eine Schulgesetzänderung im Februar 2017 gestärkt. Das Gymnasium steht sowohl Schülern mit einer Bildungsempfehlung für das Gymnasium, als auch Schülern mit einer Bildungsempfehlung für die Oberschule offen. Eine negative Auswirkung könnte sein, dass es immer weniger Berufsschüler und somit einen verstärkten Fachkräftemangel geben wird.

#### Neuausrichtung der Schulsozialarbeit im Landkreis Mittelsachsen

Am 14. Februar 2017 wurde eine neue Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung von Schulsozialarbeit im Freistaat Sachsen beschlossen. Die wichtigsten Inhalte sind:

Bereitstellung von Fördermitteln ab 01.08.2017 zum qualitativen Ausbau und Weiterentwicklung von Maßnahmen.

Voraussetzungen wurden gemeinsam mit der Bildungsagentur festgelegt. Die Landkreise müssen ein regionales Gesamtkonzept zur Schulsozialarbeit erstellen. Personalausgaben sind nur für Fachkräfte förderfähig. Es muss eine Bedarfsfeststellung über die örtliche Jugendhilfeplanung erfolgen.

Die Projektförderung erfolgt durch Anteilsfinanzierung. Dabei beträgt die max. Förderung 80 Prozent. Zuwendungsfähig sind Personal- und auch Sachausgaben, pro Schulstandort bis zu zwei VZÄ und grundsätzlich nicht weniger als 0,75 VZÄ.

Im Konkreten hat die Landkreisverwaltung zur letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses das neu erarbeitete Gesamtkonzept vorgestellt. Dieses wurde beschlossen.

#### Zur Umsetzung der Förderrichtlinie

Alle bisherigen geförderten Schulstandorte werden in die neue Förderrichtlinie übernommen und sollen auch im nächsten Jahr

s bildungswesens

von SABINE LAUTERBACH

weiter Bestandteil bleiben. Es sind fünf zusätzliche Schulstandorte im Landkreis dazu gekommen. Alle Schulstandorte werden hinsichtlich der Förderung gleichbehandelt. Die 14 Projekte aus dem Landesprogramm „Chancengerechte Bildung“ bleiben bis Ende des Jahres wie gehabt und werden erst im Jahr 2018 in die neue Förderrichtlinie übernommen. Im Ausblick auf das Jahr 2018 kann man sagen, dass von den zur Verfügung stehenden 1.144.500 EUR Landesmitteln alle geplanten 32 Projekte ganzjährig finanziert werden können.

Die vorgesehene Anzahl an Schulsozialarbeitern im Landkreis Mittelsachsen ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Dargestellt ist die Schülerzahl im Schuljahr 2016/2017 und in den beiden rechten Spalten die geplanten Vollzeitäquivalente (VZÄ) für Schulsozialarbeiter ab 01.08.2017 bzw. 01.01.2018.

Oberschule „Clara Zettkin“ in Freiberg	475	0,75	1,00
Oberschule „Gottfried Pabst von Ohain“ in Freiberg	329	0,75	1,00
Geschwister-Scholl-Gymnasium in Freiberg	892	1,00	1,00
Lernförderschule „Käthe Kollwitz“ in Freiberg	241	1,00	1,00
Oberschule Niederbobritzsch	253	0,75	0,75
Oberschule Brand-Erbisdorf	451	1,00	1,00
Oberschule Eppendorf	359	0,75	0,75
Oberschule Rechenberg-Bienenmühle	284	0,75	0,75
Oberschule Sayda	328	0,75	0,75
Förderschule „Clemens Winkler“ in Brand-Erbisdorf	74	0,75	0,75
Oberschule Flöha/Plaue	428	0,75	1,00
Oberschule „Erich Viehweg“ in Frankenberg	440	1,00	1,00
Oberschule Oederan Gemeinschaftsschule	261	0,75	0,75
Förderschule Flöha	247	0,75	0,75
Oberschule „Diensterweg“ in Burgstädt	286	0,75	0,75
Oberschule Claußnitz	257	0,75	0,75
Oberschule Lichtenau	311	0,75	0,75
Oberschule „Friedrich-Eduard-Bilz“ in Penig	328	0,75	0,75
Förderschule am Taurastein in Burgstädt	132	1,00	1,00
Oberschule „Johann-Gottlieb-Fichte“ in Mittweida	401	1,00	1,00
Oberschule „An der Mühle“ in Rochlitz	294	0,75	0,75
Förderschule „Heinrich-Hoffmann“ in Erlau	97	0,75	0,75
Förderschule „Pestalozzi“ in Rochlitz	119	1,00	1,00
Oberschule „Am Holländer“ in Döbeln	433	1,00	1,00
Oberschule „Pestalozzi“ in Hartha	156	0,75	0,75
Oberschule „Peter-Apian“ in Leisnig	279	0,75	0,75
Oberschule „Geschwister-Scholl“ in Roßwein	329	0,75	0,75
Oberschule Waldheim	362	0,75	1,00
Lessing-Gymnasium in Döbeln	761	0,90	1,00
Förderschule „Schloßberg“ in Döbeln	175	0,75	1,00
Förderschule „Albert Schweitzer“ in Roßwein	202	0,75	1,00
Oberschule Halsbrücke	334	0,75	0,75

Prinzipiell ist zu sagen, dass durch die neue Förderrichtlinie wesentlich mehr Projekte gefördert werden können. Zudem ist durch die gesetzliche Festschreibung eine kontinuierlichere Arbeit möglich. Da gerade Sozialarbeiter immer nur für die Förderzeiträume befristet eingestellt werden, können diese nun auch etwas sicher in die Zukunft schauen. Es ist noch nicht das, was wir fordern, aber besser der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. In den letzten Jahren wussten wir Anfang des Jahres nicht, wie es ab dem kommenden Schuljahr mit der Schulsozialarbeit weitergeht.

Zeigt die Doku ! - sagt Falk Neubert

von SABINE PESTER

**V**ielleicht hat es der eine oder die andere schon mitbekommen: Derzeit gibt es eine heftige Diskussion um eine Dokumentation über Antisemitismus, die ARTE und WDR in Auftrag gegeben haben, aber jetzt nicht ausstrahlen will. Der Sender begründet dies damit, dass er von den Filmemachern eigentlich etwas anderes bestellt hat und die fertige Dokumentation nicht ins Sendekonzept passt.

Nun könnte man sagen, die Fernsehsender sind frei in ihren Entscheidungen. Wenn der Auftrag nicht so aufgeführt wurde, wie er bestellt wurde, kann man ARTE nicht dazu verpflichten diesen Film zu zeigen. Aber einen komischen Beigeschmack hat das schon.

Deshalb beschäftigt sich auch Falk Neubert, Mitglied im ARTE-Programmbeirat, gerade intensiv mit dem Thema. Er hält die Entscheidung von ARTE für ein großes Problem und eine rein formale Argumentation für nicht nachvollziehbar. Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, die Ausstrahlung der Doku bei ARTE oder zur Not – und sei es mit einer begleitenden kritischen Diskussionsrunde – auch nur im Ersten oder im WDR zu ermöglichen. Unabhängig davon sollte es im Interesse von Transparenz auf jeden Fall für alle Interessierten eine vom WDR eröffnete Möglichkeit geben, den Film im Internet anzusehen und sich selbst eine Meinung zu bilden.

Kurzzeitig war die Doku auch über bild.de und über das Videoportal youtube zu sehen, aber aufgrund von Urheberrechten ist dies aktuell nicht mehr möglich. Umso wichtiger ist es, dass ARTE und WDR diesen Film über ihre Kanäle zeigen. Nur so können sie dem Vorwurf, der Film wird aus politischen Gründen nicht gezeigt, entgehen. Man darf gespannt sein, wie die Sache ausgeht.



von HANS WEISKE

**D**as Lutherdenkmal vor der St.-Nikolai-Kirche in Döbeln – eines von vielen in der Region. Vor wenigen Tagen – wir begehen in diesem Jahr bekanntlich den 500. Jahrestag der Reformation – besuchte ich im Wittenberger Augusteum die beeindruckende Nationale Sonderausstellung „Luther! 95 Schätze – 95 Menschen“, in welcher ein sehr differenziertes Bild von Martin Luther aus unterschiedlichster Sicht und von verschiedensten Personen gezeichnet wird, so auch von Friedrich Engels. Auch das Asisi-Panorama „Luther 1517“ in Wittenberg ist sehenswert.

Dem bis zum 31. Oktober andauernden Lutherjahr ging eine ganze „Luther-Dekade“ seit 2007 voraus. Da kann Karl Marx nicht mithalten – ich kann mich zumindest nicht an eine seit 2008 andauernde „Marx-Dekade“ mit Blick auf seinen 200. Geburtstag im kommenden Jahr, dem „Marx-Jahr“ erinnern. Etwas zumindest verbindet ihn mit Luther: Im ZDF-Ranking der 100 größten Deutschen standen beide auf dem Siegerpodest: Luther auf Platz 2, Marx auf Platz 3, hinter Adenauer !!! vor den Geschwistern Scholl, Willi Brand, Johann Sebastian Bach und Johann Wolfgang von Goethe.



**S**ommerpause im Landtag, heißt für MdL Dr. Jana Pinka auf keinen Fall, sechs Wochen lang nichts zu tun – im Gegenteil – sitzungsfreie Zeit heißt für sie: AUF GEHT'S ZUR SOMMERTOUR! durch die Region. In diesem Jahr war die umwelt- und ressourcenpolitische Sprecherin der LINKEN-Landtagsfraktion vom 3. bis 13. Juli unterwegs, um in den Städten und Gemeinden mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Sie besuchte Kommunalverwaltungen, Unternehmen und Vereine. Dabei war ihr wie immer besonders wichtig, sich über die Aufgaben, Ziele und Probleme der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu informieren, aber auch über ihre Arbeit als Abgeordnete des Sächsischen Landtags zu berichten. Unter dem Motto „Sozial, regional, umweltbewusst, nachhaltig“ standen in diesem Jahr „Wasser, Wald und Wind, aber auch soziale und integrative Initiativen“ im Fokus ihres Interesses. Dr. Jana Pinka war dazu in Freiberg, Wiederau, Halsbrücke, Reinsberg, Eppendorf, Frauenstein, Burkersdorf, Rauschenbach und Großschirma unterwegs. Hier einige Impressionen von der 1. Tourwoche:

**3. Juli: „Geht nicht gibt's nicht“ In Wiederau schaut man gemeinsam über den Tellerrand**

Einen ganzen Tag wurde Jana Pinka von Wiederau Bürgermeister Johannes Voigt und Genossin Helga Steinert durch die Gemeinde Königshain-Wiederau begleitet. Die Kommune geriet 2015/16 in die Schlagzeilen der Medien: Bürgermeister Voigt, Helga Steinert, Pfarrer Traugott Fehlberg und weitere 150 engagierte Menschen der Gemeinde setzten sich in bemerkenswerter Weise ohne Beachtung von Parteizugehörigkeit oder Konfession für 60 Flüchtlinge ein, die in Wiederau im Dezember 2015 ankamen. Und sie verhinderten im Februar 2016 auch deren Verlegung in die Erstaufnahme nach Rossau, indem sie die Neuankömmlinge kurzerhand bei sich zu Hause unterbrachten und Landrat Damm erfolgreich dazu bewegten, den geplanten Freizug rückgängig zu machen. Heute leben noch etwa 15 Geflüchtete in Wiederau. Jana Pinka lernte einige auf einem gemeinsamen Grillfest kennen und erfuhr ihre und die Geschichte der Helferinnen und Helfer.

Außerdem informierte sie sich über die Hochwasserschutzmaßnahmen der Gemeinde, besuchte einen Lehrbienenstand und gedachte im Geburtshaus Clara Zetkins des 160. Geburtstags der großen deutschen Politikerin und Frauenrechtlerin.

**Bild 1:** Die Flüchtlinge von Wiederau Marcus (links) ist der Pflegevater des fast 18-jährigen Mohammad (rechts). Der junge Afghane kann sich ein Leben ohne seine neue Familie nicht mehr vorstellen. Er beginnt im September eine Ausbildung zum Krankenpfleger. Der 29-jährige Iraker Osama (Mitte) studierte in Mossul Ökonomie. Nun lebt er in Burgstädt, besucht in Chemnitz einen Deutschkurs und möchte danach eine Lehre beginnen.

**Bild 2:** Hinter Bürgermeister Johannes Voigt (rechts) Amtssitz summt es gewaltig. Hier befindet sich der Lehrbienenstand des Imkervereins Königshain-Claußnitz e.V. Johannes Ulbricht, ist seit 50 Jahren Imker aus Leidenschaft und erklärte die faszinierende Lebens- und Arbeitsweise eines Bienenvolkes.

**5. Juli: Die glücklichen Hühner von Eppendorf**

Die Agrargenossenschaft Eppendorf war das nächste Ziel der Sommertour. Im kleinen Hofladen des Landwirtschaftsbetriebes empfingen mich Eppendorfs Bürgermeister Axel Röthling und Geschäftsführer Andreas Vogel. Der junge Landwirt aus Seiffen übernahm den Betrieb 2015, mitten in der Milchkrise. Er erinnert sich, dass sein Beginn gerade in dieser Zeit eine enorme Herausforderung darstellte, aber gleichzeitig auch eine Chance war, neue und ungewöhnliche Ideen umzusetzen. Und so wagte man 2016 in Eppendorf den Schritt zur Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung.

**Bild 3:** Die 170 Milchkühe der Agrargenossenschaft Eppendorf wurden auch auf Weidehaltung umgestellt. Nun liefern sie Bio-Heumilch, die ab Ende des Jahres in der Gläsernen Molkerei Münchhofe verarbeitet wird. „Leider gibt es in der Region keine Biomolkerei, kürzere Wege wären wesentlich praktischer. Im Bild: Andreas Vogel, Geschäftsführer der Agrargenossenschaft, Eppendorfs Bürgermeister Axel Röthling (SPD) und MdL Dr. Jana Pinka.

**Bild 4:** Im Hofladen der Agrargenossenschaft werden nicht nur Eier der 245 glücklichen Freilandhühner und der bekannte Eierlikör aus Eppendorf angeboten. Hier gibt es auch zahlreiche regionale Produkte – vom Schnaps aus Lauterbach, über das Öl aus Clausnitz bis hin zum Senf aus Colmnitz.

**7. Juli: Großschirma: Intelligente Energiekonzepte weltweit gefragt**

In Großschirma besuchte die Landtagsabgeordnete 3energy Unternehmensgruppe. Geschäftsführer Dr. Kaus-Dieter und Andreas Lietzmann, erläuterten die Firmengeschichte sowie die Tätigkeitsfelder des Unternehmens. Die 3ENERGY Unternehmensgruppe besteht mehreren Fachfirmen ist ein Full-Service-Dienstleister im Bereich der nachhaltigen und dezentralen Energieerzeugung und -versorgung.

Das Hauptaugenmerk liegt auf Wind- und Solarenergieanlagen sowie anderen nachhaltigen Energieträgern. Mit einer realisierten Projektleistung von über 600 MW und mehr 25 Jahren Erfahrung zählt das weltweit tätige Unternehmen zu den Marktführern der Branche. Dr. Klaus-Dieter Lietzmann und sein Unternehmen sehen die Zukunft unabdingbar in den regenerativen Energien. Dabei steht weniger der Ausbau großer Anlagen, sondern die dezentrale Energieversorgung – also individuelle Stromerzeugung für die Endgeräte in den privaten Haus-

unterwegs

in wort und bild begleitet von KERSTIN UFER

halten und Kommunen im Vordergrund.

**Bild 5:** Die für den Betrieb des Firmensitzes benötigte Energie wird ausschließlich durch regenerative Energiegewinnung erzeugt. Natürlich gibt es hier auch eine Ladestation für Elektroauto. Im Bild neben Dr. Jana Pinka: Andreas Lietzmann (rechts) Geschäftsführer der eab New Energy GmbH und Lutz Stefaniak, Geschäftsführer der WKA (Windkraftanlagen) 3Sachsen Service GmbH. Beide Firmen gehören zur Unternehmensgruppe 3 energy.

**7.Juli: Miteinander gärtnern  
- voneinander lernen  
- miteinander feiern**

Was Jana Pinka im ersten Freiburger Integrationsgarten erleben durfte, überstieg ihre Erwartungen bei Weitem. Im April hatte sie die Idee, ein gemeinsames Grillfest zu organisieren und finanziell zu unterstützen. Jetzt erhielt sie die Einladung von Holger Lueg (NABU-Kreisverband Mittelsachsen). Beim Rundgang mit ihm erkannte sie den Garten gar nicht wieder. Alles grünte und blühte. Mittlerweile sind hier regelmäßig 4 bis 6 deutsche Gärtnerinnen und Gärtner sowie etwa 6 bis 7 ausländische Familien beschäftigt. Ein Musterbeispiel der gelebten Integrationskultur. „Es ist ein ständiges Geben und Nehmen. Die Deutschen Gärtnerinnen und Gärtner arbeiten hier, weil ihnen für einen eigenen Garten die Kraft, Zeit

oder das Geld fehlt, sie sich aber dennoch in einer Gemeinschaft aktiv betätigen wollen. Der Integrationsgarten ist generations- und herkunftsübergreifend – ein Transfer zwischen Jung und Alt, zwischen einheimisch und nicht mehr fremd. Berührungssängste und Vorurteile gegenüber ausländischen Mitmenschen werden abgebaut, alle verbessern ihre Lebensqualität. Sie gestalten gemeinsam, leben Geselligkeit, haben Kontakt zu den jungen Familien. Die älteren Menschen bekommen Hilfe von den Jüngeren, Einheimische vermitteln den Geflüchteten taten dringend benötigte Sprachkenntnisse, bringen ihnen die deutsche Kultur sowie den heimischen Natur- und Umweltschutz nahe und lernen auf der anderen Seite die Mentalität und Kultur ihrer neuen Mitmenschen kennen und verstehen.

**Bild 7:** Nach dem Essen mit internationalen Spezialitäten wurde ausgelassen getanzt. Alle machten mit, und es gab keinerlei Verständigungsschwierigkeiten und Berührungssängste. Das Fest war auch ein Dankeschön an die vielen Sponsoren, die bei der Gestaltung des Gemeinschafts- und Integrationsgartens mithalfen.

**Bild 8:** Auch Bürgerpreisträger Volker Träger war zu Gast beim Gartenfest. Jung und Alt aß und feierte gemeinsam. Sogar „Petrus“ hatte ein Einsehen und nahm sein Gewitter wieder mit.



Das Tourtagebuch von Dr. Jana Pinka findet man im Internet unter: [www.jana-pinka.de/](http://www.jana-pinka.de/)

unser blick geht zehn jahre zurück  
die „linksworte“ im juli 2007

Vor zehn Jahren - Mitte Juni 2007 - vereinigte sich die Linkspartei mit der WASG und gründete eine neue Partei. In Sachsen waren parallel dazu die Weichen für eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ gestellt. Mit weitreichenden Konsequenzen für die Struktur der Landkreise und damit auch der Kreisverbände. Die erste Vorbereitung darauf begann mit der Beratung einer Koodinierungsgruppe (gebildet aus Genossinnen und Genossen der drei Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida sowie der WASG) am 23. November 2006. Diese Gruppe setzte ihre Arbeit bis Oktober 2007 - bis zur Gründung des neuen Regionalverbandes der Linkspartei - fort. In einer kleinen Serie lassen wir die aktuellen Entwicklungen vor zehn Jahren und ihre Widerspiegelung in den damaligen „Freiberger LinksWorten“ Revue passieren. Heute im Blick: die Juli-Ausgabe des Jahres 2007.

Die Ausgabe der Freiburger LinksWorte vom Juli 2007 war bestimmt vom Rückblick auf den Gründungsparteitag der LINKEN in Berlin, der letzten Kreismitgliederversammlung der Freiburger Linkspartei.PDS in der Alten Baumwol-

Reform, in welcher zwar wesentliche Punkte des Gesetzentwurfs abgelehnt, es aber als durchaus sinnvoll angesehen wird, bei einer Kreisneugliederung die Landkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida zu einem neuen Landkreis

Die linke Zeitung für den Landkreis Freiberg www.links-worte.de

## Freiberger LinksWorte

12. Juli 2007 Nr. 241 18. Jahrgang

**D**er Gründungsparteitag der neuen LINKEN am 16. Juni in Berlin - Bekenntnis zu Gerechtigkeit und Frieden. Damit ist der Weg frei für neue linke Politik in diesem Lande, die sich soziale Gerechtigkeit und Frieden für unsere und die kommenden Generationen auf ihre Fahnen geschrieben hat.





**D**ie letzte Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Freiberg am 09. Juni machte den Weg frei für drei neue Ortsverbände in Brand-Erbisdorf, Flöha und Freiberg. Gewählt wurden die Delegierten zum Landesparteitag in Chemnitz, wo der neue Landesverband der LINKEN gebildet wird.

**Die Titelthemen dieser Ausgabe**

Eindrücke vom Gründungsparteitag der neuen LINKEN in Berlin

Der Landesparteitag der LINKEN in Chemnitz am 14. und 15. Juli

Die letzte Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Was kommt danach?

le in Flöha und den Blick auf den unmittelbar bevorstehenden 1. Landesparteitag der LINKEN in Dresden. Das eigentliche Thema im Freiburger Kreisverband im Sommer 2007 war die Haltung zur Verwaltungs- und Kreisgebietsreform in Sachsen, deren Bestätigung im Landtag bevorstand und am 1. August 2008 in Kraft treten sollte. Begleitet von einer kontroversen Debatte verabschiedete die Kreismitgliederversammlung eine Erklärung zu dieser

zusammenschließen. Damals wurde erklärt: „Weil es von uns das JA zum neuen Landkreis Mittelsachsen gibt, bilden wir Ende Oktober auf dieser Basis auch unseren neuen Kreisverband der LINKEN. Übrigens äußerte sich der heutige Oberbürgermeister von Flöha, Volker Holuscha, in dieser Ausgabe sehr dezidiert zur „Kritikfähigkeit der neuen LINKEN“ und machte das u.a. an „Selbstbeweihräucherung und Banalitäten im Rechenschaftsbericht“ fest.

## clara zetkin zu ihrem 160. geburtstag

von ACHIM GRUNKE

**A**ls Clara Josephine Eißner wurde Clara Zetkin am 5. Juli 1857 in Wiederau geboren. Fast 76-jährig verstarb sie am 20. Juni 1933 in Archangelskoje bei Moskau.

Ihr christlicher Vater, Lehrer von Beruf und Kantor, sympathisierte mit der Revolution von 1848. Die Mutter als Verfechterin der Emanzipation der Frau engagierte sich in der bürgerlichen Frauenbewegung und gründete u. a. einen Turnverein für Mädchen in dem Dorf Wiederau. Im heutigen Museum „Alte Dorfschule“ in Königshain-Wiederau, dem Elternhaus von Clara Zetkin, wird an ihr Leben und Wirken erinnert. Außerdem wurde jüngst, anlässlich ihres 160. Geburtstags, an ihrem Geburtshaus vom Landesfrauenrat Sachsens eine Gedenktafel enthüllt.

Um ihren Kindern eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, siedelte die Familie 1872 nach Leipzig über. Clara bekam hier im „Steyberschen Institut“ die Möglichkeit zu einer guten Lehrerausbildung. Ihr Studium schloss sie als Fachlehrerin für moderne Sprachen ab, was ihr später in der internationalen Arbeit von Nutzen sein sollte. In einem Leipziger Studentenzirkel lernte Clara Zetkin den Tischler Ossip Zetkin, ihren Lebenspartner, einen sozialdemokratischen Emigranten aus Russland, kennen. Dies und ihr Engagement in der Arbeiterbewegung führten zum Bruch mit ihrer Familie.

### sozialistische frauenbewegung

Weithin bekannt ist Clara Zetkin durch ihr vielfältiges Wirken in den internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Das begann seit 1891 mit ihrer Redaktion bei der proletarischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“.

In ihrer Rede über die Befreiung der Frau auf dem Gründungskongress der II. Internationale 1889 in Paris setzte sie sich für die ökonomische Unabhängigkeit der Frau ein. Von den sozialistischen Parteien, die der Organisation der Frauen und der Frauenerwerbsarbeit oft noch ablehnend gegenüberstanden, weil Frauen als „Schmutzkonkurrentinnen“ des Mannes oder als „Lohnrückerinnen“ gesehen wurden, verlangte sie, sich für das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit einzusetzen. Ebenso sprach sich Clara Zetkin für die politische und gewerkschaftliche Organisation von Arbeiterinnen aus.

Obwohl Clara Zetkin auf dem Kongress 1889 sich noch nicht für das Frauenwahlrecht einsetzte, weil es ihrer Meinung nach nichts an der Unterdrückung und Ausbeutung der Frau ändern würde, widmete sie sich später entschieden der politischen Gleichberechtigung der Frau. Auf dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart 1907 verpflichtete dann eine Re-

solution die sozialistischen Parteien aller Länder, für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts energisch zu kämpfen. Und beim „Internationalen Sozialistenkongress“ 1907 in Stuttgart wurde die Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale beschlossen, mit Clara Zetkin als Internationaler Sekretärin. Auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen regte sie gegen den Willen ihrer männlichen Parteikollegen, gemeinsam mit Käthe Duncker, den Internationalen Frauentag an, der erstmals im darauf folgenden Jahr am 19. März 1911 begangen wurde und ab 1921 dann immer am 8. März.

### gegen den krieg

Als Ende des 19. Jahrhunderts Friedensgesellschaften in Deutschland und Österreich entstanden und 1889 Bertha von Suttner's Buch „Die Waffen nieder!“ erschienen war, mobilisierten seit 1897/98 auch Sozialisten und Sozialistinnen Protestversammlungen gegen die Flotten- und Kolonialpolitik des Kaiserreichs, unter ihnen besonders aktiv Clara Zetkin.

Als die sozialdemokratische Parlamentsfraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligt hatte, nahm sie das mit Entrüstung und Protest auf. In ihrem Aufruf vom November 1914 appellierte sie an die sozialistischen Frauen aller

Länder: „Wenn die Männer töten, so ist es an uns, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben.“

Mitten im Krieg findet auf Initiative von Clara Zetkin 1915 die Berner Konferenz, in der erstmals Sozialistinnen der kriegführenden Länder versammelt wurden. In dem Berner Appell an die Frauen der ganzen Welt wurden der Krieg verurteilt und die Frauen aufgerufen, ihren Protest gegen den Krieg zu erheben. Der Appell wurde in allen europäischen Ländern illegal verbreitet, Clara Zetkin sorgte in Deutschland dafür. Sie kam daraufhin für zweieinhalb Monate wegen „versuchten Hochverrats“

ins Gefängnis nach Karlsruhe.

Schon 1916 war sie an der Gründung der Gruppe Internationale, der späteren Spartakusgruppe, beteiligt und zählte im April 1917 zu den Mitbegründern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die sich von der kriegsbilligenden SPD abgespalten hatte. Sie trennte sich dann aber von der USPD nach deren Parteitag im März 1919 und schloss sich der gerade am 1. Januar 1919 gegründeten KPD an.

### in der kpd – gegen den faschismus

Zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden der KPD Paul Levi zog Clara Zetkin in den Reichstag ein, dessen Abgeordnete sie bis 1933 blieb. Gleichzeitig wurde sie in die Zentrale der KPD gewählt (bis 1924) und war von 1927 bis 1929 erneut Mitglied der KPD-Führung. Wie schon in den Jahrzehnten zuvor engagierte sie sich für die Emanzipation der Frauen nun auch in der KPD und in der Komintern. Von 1920 bis 1925 leitete sie das Westeuropäische

Internationale Frauensekretariat mit Sitz in Berlin und zeichnete für die redaktionelle Verantwortung der Zeitschrift „Kommunistische Fraueninternationale“ und war auch von 1921 bis 1933 Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI). Auf einer Tagung des erweiterten Präsidiums des EKKI im Juni 1923 lieferte sie in dem von ihr erstatteten Bericht eine

Analyse des aufkommenden Faschismus und rief zur Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus auf.

Clara Zetkin unterstützte die Entwicklung in Sowjetrußland und in der Sowjetunion, hielt sich aber gleichzeitig nicht mit Kritik an den ideologisch verbrämten Maßregeln der Komintern und der sie beherrschenden KPR/KPdSU zurück, die sich gegen Mitgliedparteien richteten. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen, wo sie gegen die abenteuerliche „Offensivtheorie“ Stellung bezogen hatte, legte sie aus Protest ihren Sitz in der KPD-Führung nieder, schloss sich aber nicht der im September 1921 gegründeten Kommunistischen Arbeitsgemein-

schaft ausgeschlossener (u.a. Paul Levi) und ausgetretener (u.a. Ernst Däumig, ehem. Ko-Vorsitzender) KPD-Mitglieder an. Ihr angedrohter Parteiaustritt wurde u.a. durch Lenins Intervention verhindert, und sie hoffte auf Korrektur des verhängnisvollen Kurses. Sie stürzte sich in der Parteiarbeit auf konkrete Tätigkeitsfelder, insbesondere die Gleichberechtigung der Frauen und die Arbeit der entstehenden Rote Hilfe-Komitees.

Mit der 1924 unter Stalin vom V. Weltkongress der Komintern beschlossenen „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien sollte sich in den Folgejahren die verhängnisvolle Entwicklung der KPD mit Thälmann an der Spitze fortsetzen. Für Clara Zetkin entwickelte sich die KPD zusehends zu einer Partei, die nicht mehr die war, der sie einmal beigetreten war. Sie schreckte auch nicht vor einer (wenn auch nicht öffentlichen!) Kritik am Parteivorsitzenden Thälmann zurück, als sie in einem Brief vom September 1927 an Nikolai Bucharin (damals Kominternvorsitzender) mitteilte: „Verhängnisvoll macht sich dabei geltend, daß Teddy kenntnislos und theoretisch ungeschult ist, in kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahnsinn grenzt und der Selbstbeherrschung ermangelt. Er läßt daher seine guten proletarischen politischen Instinkte und Urteile über Menschen und Zustände täuschen und irreleiten... Die Claqueurwirtschaft um Teddy und mit Teddy muß durch kollektives Zusammenarbeiten ersetzt werden. Teddy ist das Symbol revolutionärer proletarischer Führung, aber er selbst ist in der vorliegenden Situation kein Führer und kann kein Führer sein.“

Als die KPD auf ihrem 12. Parteitag im Juni 1929 der „Sozialfaschismus“-These der Komintern zugestimmt hatte, mit der die Sozialdemokraten zu „Zwillingsbrüdern“ der Faschisten erklärt wurden, stellte sich Clara Zetkin fundamental gegen diese politische Linie ihrer Partei. Selbst als eine Reihe prominenter Kritiker um Heinrich Brandler und August Thalheimer die KPD verließen, hielt sie der Partei aber die Treue. Auch wenn sie jenen, die die Kommunistische Partei-Opposition (KPO) gegründet hatten, politisch sehr nahe stand, vermied sie öffentliche Sympathiebekundungen und verhielt ganz wie eine „Parteisoldatin“.

Auch Clara Zetkin war nicht frei von Fehlern und Irrtümern. So rechtfertigte sie etwa den Ausschluss Sinowjews, Kamenjews und Trotzki's aus der KPdSU, idealisierte und verklärte sie die Situation zu Anfang der 30er Jahre in der Sowjetunion.

Was bleibt von ihr: sie war eine kluge, mutige und unbestechliche Frau, eine unermüdliche Kämpferin für Gerechtigkeit auf dieser Welt.



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg (1910)

**kreisvorstand aktuell**

Über die Sitzung des Kreisvorstandes vom 12. Juni haben wir in unserer Juni-Ausgabe berichtet. Der Kreisvorstand kommt am 14. August im Bürgerbüro Döbeln zu seiner nächsten Beratung zusammen. Neben der Verständigung über den Stand des Wahlkampfes in Vorbereitung der Bundestagswahl wird dabei die Vorstellung des vorgesehenen Projekts über soziale Brennpunkte in Döbeln - wir berichten - durch eine Mitarbeiterin beim Parteivostand der LINKEN stehen.

Im Auftrag des Kreisvorstandes kam der **kreisliche Wahlstab** am 29. Juni zu seiner planmäßigen Beratung zusammen. Dabei wurden das vorausgegangene Wahlplenium vom 20. Juni in Dresden und die Aktionswoche nach dem Bundesparteitag ausgewertet. Weiterhin wurde die vorläufige Zeitleiste für den Wahlkampf in Vorbereitung der Bundestagswahl am 24. September besprochen. Dazu mehr auf den Seiten -4- und -5- dieser Ausgabe.

Der unmittelbare Auftakt für die anstehende Bundestagswahl im Kreisverband findet mit einer **Beratung der Orts- und Basisgruppenvorsitzenden** am 1. August im „Schwanenschlößchen“ in Mittweida statt. Im Mittelpunkt werden die detaillierten Vorbereitungen und Absprachen für die Bundestagswahlen stehen. Der **kreisliche Wahlkampfmanager LARS KLEBA** wird zu dieser Beratung anwesend sein und alle Anfragen aus den Orts- und Basisgruppen beantworten. Der **Kreisvorsitzende Falk Neubert** bittet darum, dass jede Orts- und Basisgruppe bei Verhinderung des Vorsitzenden einen Vertreter entsendet, damit keine Informationen verloren gehen.

**KAY HANISCH** aus Döbeln vertrat als einer von sechs Delegierten unseren Kreisverband zum Bundesparteitag in Hannover. Ergänzend zu den in unserer Juni-Ausgabe veröffentlichten Wortmeldungen von **SABINE PESTER, MARIKA TÄNDLER-WALENTA** und **HANS-JÜRGEN KÜHN** Auszüge aus seinem „Parteitagbericht“.

Zwei Anträge schlugen auf dem Parteitag hohe Wellen. Zum einen der Änderungsantrag XV 3542\_1 des Landesvorstandes Sachsen, der zunächst nicht im Abstimmungsheft enthalten war und die Schaffung einer nicht näher definierten „Republik Europa“ forderte. Doch was genau dies sein sollte, erklärte der Antrag nicht. Zum einen führt es uns in Konflikt mit dem Grundgesetz, wenn man die Bundesrepublik in einer „Europäischen Republik“ wie ein Stück Zucker im Teeglas auflösen will, zum anderen ist die Schaffung einer solchen europäischen Republik mit linken Akzenten illusorisch, solange der neoliberale, militaristische und unsoziale Lissabon-Vertrag die Basis der EU bildet und weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip in der Europäischen Union gilt. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt. Der zweite umstrittene Antrag wurde hingegen zunächst beschlossen und besagte, daß die Partei sich für die Kündigung der Staatsverträge mit den Kirchen und ein Ende der staatlichen Finanzierung von bestimmten Religionsgemeinschaften einsetzt. Dieser Antrag, vom Bezirksverband Hamburg-Nord gestellt, wurde am 10. Juni beschlossen. Am nächsten Tag wurde er auf Initiative des Bundesvorstandes aber erneut zur Abstimmung gebracht, da man es sich nicht mit den Kirchen verderben wollte, die in sozialpolitischen und Friedensfragen, aber aktuell besonders im Bereich der Flüchtlingshilfe unsere Partner sind. Beim zweiten Mal stimmte die Mehrheit des Parteitagges nun gegen den Antrag.

**unsere jubilare**



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !

im august 2017 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

<b>ROSA TRINKS</b>	geb. am	03.08.1926,	in	Rochlitz
<b>GU DRUN UHLIG</b>	geb. am	05.08.1929,	in	Freiberg
<b>GERHARD HOFMANN</b>	geb. am	06.08.1928,	in	Rochlitz
<b>HEINZ TEICHERT</b>	geb. am	08.08.1935,	in	Oederan
<b>ELISABETH BRÄUTIGAM</b>	geb. am	09.08.1937,	in	Rochlitz
<b>HERBERT MÜLLER</b>	geb. am	09.08.1936,	in	Freiberg
<b>RENATE BRAUN</b>	geb. am	10.08.1952,	in	Brand-Erbisdorf
<b>GERTRAUDE PETERSEN</b>	geb. am	10.08.1933,	in	Hartha
<b>ILSE CORINTH</b>	geb. am	13.08.1923,	in	Oederan
<b>FRITZ GREIF</b>	geb. am	14.08.1925,	in	Erlau
<b>MARGARETE HAFT</b>	geb. am	17.08.1926,	in	Döbeln
<b>WILLI HASS</b>	geb. am	19.08.1929,	in	Roßwein
<b>SIEGWART HOFFMANN</b>	geb. am	19.08.1952,	in	Waldheim
<b>GERALD SCHÖNHERR</b>	geb. am	20.06.1957,	in	Lunzenau
<b>HANS EGERMANN</b>	geb. am	21.08.1932,	in	Burgstädt
<b>JOHANNES KREBS</b>	geb. am	25.08.1942,	in	Mittweida
<b>EVA STEINHARDT</b>	geb. am	26.08.1932,	in	Freiberg
<b>HARALD RICHTER</b>	geb. am	26.08.1952,	in	Frauenstein
<b>SONJA OEHME</b>	geb. am	27.08.1932,	in	Flöha
<b>ELFRIDA HAHN</b>	geb. am	27.08.1925,	in	Mittweida
<b>MARIANNE UHLEMANN</b>	geb. am	30.08.1929,	in	Geringswalde
<b>INGE BERNHARDT</b>	geb. am	30.08.1928,	in	Frankenberg

**jahrestage im august 2017**

**02.08. 1847:** In Preußen beginnt der erste und öffentliche Prozess. Vor den Schranken des Kammergerichts stehen 254 Polen, die einen Aufstand zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens vorbereiteten.

**02.08. 1917:** Aufstand in der deutschen Flotte. Matrosen und Heizer des Linienschiffes „Prinzregent Luitpold“ verweigern den Dienst. Zwei Anführer (Albin Köbis und Max Reichpietsch) werden zum Tode verurteilt und im September hingerichtet.

**01.08. 1957:** Die Deutsche Bundesbank mit Sitz in Frankfurt a. M. nimmt ihre Arbeit auf.

**04.08. 1987:** Tod des marxistischen Philosophen Ernst Bloch.

**17.08. 1987:** Der ehemalige Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begeht im Kriegsverbrecher-Gefängnis Berlin-Spandau Selbstmord.

**27.08. 1987:** SED und SPD veröffentlichen ein gemeinsames Grundsatzpapier mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, das zwischen Vertretern der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für

Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED nach dreijährigen Verhandlungen ausgearbeitet worden war.

**22. - 26.08. 1992:** Pogrome gegen Asylbewerber-Wohnheime in Rostock-Lichtenhagen.

**06.08. 1997:** In Berlin verstirbt der Wissenschaftler Jürgen Kuczynski im Alter von 93 Jahren.

**25.08. 1997:** Im sogenannten Politbüroprozess vor dem Berliner Landgericht werden Egon Krenz zu sechseinhalb Jahren, Günter Schabowski und Günther Kleiber zu je drei Jahren Haft verurteilt.

**NACHDENKEN (S) - WERT(ES)**

**KEIN VORMARSCH IST SO SCHWER WIE DER ZURÜCK ZUR VERNUNFT.**

BERTOLT BRECHT

**DIE PRAXIS SOLLTE DAS ERGEBNIS DES NACHDENKENS SEIN, NICHT UMGEKEHRT.**

HERMANN HESSE

## terminübersicht

### juli 2017

- 21.07.            Presseauftakt der LINKEN zum Bundestagswahlkampf in Berlin
- 31.07. 13:30 Uhr „Geschichten üben Gartenzaun“ mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Rico Gebhardt Brand-Erbisdorf

### august 2017

- 01.08. 18 Uhr    **Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden zur Führung der Wahlkampagne der LINKEN in Mittelsachsen. Mittweida, „Schwanenschlösschen“, am Schwanenteich 1**
- 02.08. 13 Uhr    Besuch des Landes- und Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Rico Gebhardt, in Frankenberg
- 08.08. 17 Uhr    Polittalk der Wirtschaftsjuvenen Freiberg e.V. mit regionalen Kandidaten für den Bundestag Freiberg, Brauhof
- 14.08. 19 Uhr    Sitzung des Kreisvorstandes Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße 1
- 17.08. 14 Uhr    Beratung des kreislichen Wahlstabs Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34

**Eine umfassende Zusammenstellung von Terminen im Zusammenhang mit der Wahlkampagne der LINKEN folgt in der Augustausgabe.**



Im Verlauf ihrer Sommertour (ausführlich auf Seite -8-) machte **DR. JANA PINKA** auch am Museum in der alten Dorfschule Wiederau Station und ehrte Clara Zetkin zu ihrem 160. Geburtstag (ein Bericht dazu auf Seite -3-). Begleitet wurde sie dabei von Genossin **HELGA STEINERT**, dem Vorsitzenden des örtlichen Heimat- und Naturvereins, **HANS-DIETER PÖTZSCH**, und dem Bürgermeister der Gemeinde Königshain-Wiederau, **JOHANNES VOIGT** (CDU) (rechts im Bild).



Im Rahmen ihrer Sommertour hatte die Freiburger Landtagsabgeordnete **DR. JANA PINKA** ihren „politischen Entdecker“, den Bundestagsabgeordneten der LINKEN, **DR. ANDRÉ HAHN** nach Freiberg eingeladen. Hahn sprach - vor allem auf der Grundlage seiner langjährigen persönlichen Erfahrungen als verantwortlicher Politiker der LINKEN zum Thema „Geheimdienste außer Kontrolle - wer überwacht eigentlich die Überwacher?“ Bereits 1996 wurde André Hahn als erster PDS-Abgeordneter bundesweit Mitglied einer parlamentarischen Kontrollkommission zur Überprüfung eines Landesamtes für Verfassungsschutz, der er bis 2013 angehörte. Hahn ist ordentliches Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste. Er arbeitete als stellvertretendes Mitglied im NSA-Untersuchungsausschusses mit. In der Fraktion der LINKEN im Bundestag ist er parlamentarischer Geschäftsführer und sportpolitischer Sprecher. Die hochinteressante Veranstaltung hätte ein viel größeres Publikum verdient gehabt (hw)



**Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen**

**ANNELIESE GÖPFERT** aus Brand-Erbisdorf  
**KURT KADEN** aus Brand-Erbisdorf  
**LUDWIG GALILÄER** aus Freiberg

**Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.**